

54. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 21. März 2019

Top 7: Wohnungslosigkeit von Frauen entgegen wirken – Hilfeangebote flächendeckend ausbauen – Ursachen beseitigen

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/5384

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Abgeordnete Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Butschkau, wenn Sie seit der Aktuellen Stunde nicht mitbekommen haben, was sich hier verbessert hat, ist entweder Ihre Fehlzeit an Plenartagen dramatisch hoch, oder Sie sind eben doch nicht immer im Ausschuss.

(Beifall von **Daniel Sieveke** [CDU])

Denn die NRW-Koalition von Christdemokraten und FDP braucht keine Aufforderung, sich dieses Themas anzunehmen. Minister Laumann hat dieses oft tabuisierte Problem der Frauen ohne Dach über dem Kopf mit einer Fachtagung bereits letzten Sommer frühzeitig auf die öffentliche Agenda gebracht. Wir haben auch schon in dieser Aktuellen Stunde hier im Landtag darüber debattiert. Inzwischen haben die Koalitionsfraktionen weitergearbeitet und in den Haushaltsberatungen einen Änderungsantrag eingebracht, mit dem wir den Haushaltsansatz für das Aktionsprogramm „Hilfen in Wohnnotfällen“ von 1 Million Euro auf 4 Millionen Euro vervierfacht haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Damit machen wir den Kampf gegen Wohnungslosigkeit zu einem Schwerpunktthema unserer Sozialpolitik.

Wir werden dazu ein umfassendes Konzept weiterarbeiten. Darin werden Sie wahrscheinlich auch Maßnahmen aus dem vorliegenden Antrag finden; denn das, was fachlich fundiert und unstrittig ist, werden wir sicher nicht aus politischen Gründen ablehnen.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Obdachlosigkeit ist ein zunehmendes Problem. In Nordrhein-Westfalen waren 2017 mehr als 32.000 Menschen als wohnungslos gemeldet. Gerade in den letzten Jahren ist aus verschiedenen Gründen ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen.

Wir sehen aber auch einen Anstieg bei der Zahl der wohnungslosen Frauen. Über ein Viertel aller Wohnungslosen – wir haben es gehört – sind Frauen. Wohnungslose Frauen sind in der Öffentlichkeit jedoch viel weniger sichtbar als Männer. Sie versuchen oft alles, vor allem aus Scham, um nicht aufzufallen.

Für mich ist es wichtig, dass jeder Mensch, gleich welchen Geschlechts, in die Lage versetzt werden sollte, selbstbestimmt in seinen vier Wänden leben zu können. Sowohl wohnungslose Frauen als auch wohnungslose Männer können durch vielfältige persönliche, familiäre und ökonomische Probleme in diese prekäre Lebenslage geraten sein. Für Frauen ist der Verlust der Wohnung aber noch viel stärker mit dem Verlust des privaten Schutzraums verbunden.

Wir wollen mit der Landesförderung dazu beitragen, dass bestehende kommunale Unterstützungs- und Hilfsangebote besser zusammenwirken können. Dabei brauchen wir differenzierte und gezielte Ansätze für Frauen und Männer. Für uns steht vor allem ein präventiver Ansatz im Vordergrund, zum Beispiel bei Mietschulden oder zur Akquise von Wohnraum.

Dazu zählt beispielsweise auch „Housing First“ mit einer Wohnungsvermittlung an Suchtkranke, und zwar vor therapeutischen Maßnahmen. Diese Ansätze wollen wir erproben, weiterentwickeln und gute Beispiele aus der Praxis in die Fläche tragen.

Das bestehende Hilfsangebot ist aber auch noch zu sehr allein an den Bedürfnissen wohnungsloser Männer ausgerichtet. Die unterschiedlichen Stellen in den Kommunen brauchen ein verstärktes Bewusstsein für die Frage wohnungsloser Frauen, um die Problematik zu erkennen und gezielte Hilfen anbieten zu können.

Wir unterstützen die Kommunen dabei mit den zusätzlichen Mitteln für das Aktionsprogramm des Landes. Damit können wir Informationsaustausch und Beratung sowie Projekte zum Beispiel für Frauen in ländlichen Gebieten oder für Seniorinnen anbieten.

Ein besonders wichtiger Aspekt ist auch die medizinische Versorgung von obdachlosen Frauen. Viele sind zwar krankenversichert, scheuen aber, weil sie dann doch etwas strenger riechen und ihren gesamten Haushalt mit sich führen, den Besuch einer regulären Arztpraxis. Deshalb gibt es in einigen Kommunen auch schon spezialisierte Angebote für wohnungslose Menschen.

Da sind eben nicht nur die aufsuchenden medizinischen Hilfen aus dem Antrag zu nennen, die wichtig sind, sondern auch Praxen, die speziell für obdachlose Menschen Sprechstunden anbieten. Von diesen Praxen gibt es einige. Eine befindet sich hier in Düsseldorf unweit des Landtags, eine andere in meinem Heimatkreis in der Stadt Unna. Diese Angebote werden sehr gut angenommen. Sie haben sich in der Szene herumgesprochen und werden häufig genutzt. Wir müssen sie auch unterstützen. Derartige Versorgungsangebote wollen wir im Land weiter verbreiten.

Darüber hinaus haben wir bereits im letzten Jahr die Gesundheitsversorgung von Wohnungslosen mit zusätzlichen Landesmitteln zum Beispiel zur Anschaffung medizinischer Geräte unterstützt.

Das zeigt: Die NRW-Koalition setzt sich dafür ein, Wohnungslosigkeit sowohl bei Frauen als auch bei Männern zu bekämpfen und ihr vorzubeugen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank, Frau Kollegin.

Heute Morgen konnten wir hier schon als Gäste quasi aus der Nachbarschaft den Präsidenten des Flämischen Parlaments begrüßen. Nun dürfen wir die Vize-Ministerpräsidentin der flämischen Regierung und flämische Ministerin für Lokale Verwaltung, Einbürgerung, Wohnungswesen, Chancengleichheit und Armutsbekämpfung begrüßen. Herzlich willkommen, Frau Liesbeth Homans!

(Allgemeiner Beifall)